

Wirtschaft für Gesellschaft braucht Politik durch die Gesellschaft **Alternativ: Wirtschaft für Gesellschaft braucht neue Formen der Demokratie**

Die Erosion der Demokratie ist kein Systemfehler, sie ist geradezu die Voraussetzung dafür, ein destruktives Wirtschaftssystem weiter am Leben erhalten zu können. Eine sozialökologische Transformation braucht eine Form der Demokratie, die BürgerInnen nicht auf das „Abgeben“ – im wahrsten Sinne des Wortes – ihrer Stimme reduziert, sondern auf „Gleichfreiheit“ und Mitgestaltung setzt.

Europa wird von einer phantasielosen, technokratischen Sachzwangpolitik bestimmt, die uns immer mehr vom Gleichen bringt, unabhängig von der jeweiligen Partei, und die keine Antworten auf die Krisen des 21. Jahrhunderts finden kann. Die Nutznießer dieses Dilemmas sind Populisten und Nationalisten. Sie fordern die Umgehung der Parlamente durch Volksentscheide – in der derzeitigen Stimmung eher eine gefährlicher Drohung denn eine Lösung.

Nicht auf den Modus der Abstimmung kommt es an, sondern wie im Vorfeld darüber diskutiert wird. Wessen Erfahrungen und Bedürfnisse gehen in die Entscheidung ein? Wer hat überhaupt die Möglichkeit mitzureden? Welche Informationen haben die BürgerInnen, um gut entscheiden zu können? Und schließlich, was ist das Ziel – Wachstum oder Gemeinwohl?

Beispiele für gute Lösungen gibt es viele: bereits in den 1990er-Jahren wurde in Porto Alegre zum ersten Mal ein partizipatives Budget von dem BewohnerInnen der Stadt gemeinsam beschlossen. Heute gehört der „Bürgerhaushalt“ in vielen Gemeinden Deutschlands zum Alltag. In Bologna haben Politik, Verwaltung und JuristInnen gemeinsam mit BürgerInnen ein Gesetz erarbeitet, das den Erhalt und die gemeinsame Verwaltung urbaner Commons zum Ziel hat, die sogenannte Bologna Regulation. In Vorarlberg sind BürgerInnenräte in der Landesverfassung festgeschrieben und in vielen Gemeinden Oberösterreichs finden regelmäßig Jugendräte statt. Schon 2011 hat die Bevölkerung von Island eine neue Verfassung „crowdgesourced“. Dass das Parlament sie im letzten Augenblick verhindert hat, spricht nicht gegen die Verfassung, sondern weist auf die Schwierigkeiten bei einer Veränderung von Machtverhältnissen hin. In Irland hat es geklappt: eine wichtige Verfassungsänderung wurde von einem Gremium von PolitikerInnen und durch Zufall ausgewählten BürgerInnen gemeinsam erarbeitet und auch beschlossen.

Allen diesen Beispielen gemeinsam ist, dass BürgerInnen auf Augenhöhe Entscheidungen mitgestalten und sich auch an der Umsetzung beteiligen können. Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und Milieus, ExpertInnen, PolitikerInnen und BürgerInnen kommen miteinander ins Gespräch, hören einander zu und lernen die Bedürfnisse der anderen verstehen und die Fähigkeiten und Erfahrungen der anderen schätzen. Gemeinsam treffen sie Entscheidungen, die nachweislich nicht schlechter sind, als die von ExpertInnen, aber die Legitimation von Politik erhöhen. Es gibt erprobte Methoden, auch Randgruppen zu erreichen. Mithilfe des legislativen Theaters hat etwa die Grazer Gruppe Interact armutsbetroffenen Menschen ermöglicht, aktiv die Sozialgesetzgebung zu beeinflussen.

Eine ambitionierte, jedoch historisch und theoretisch fundierte, Utopie für eine demokratische Neuorganisation von Europa schlägt Ulrike Guerot in ihrem Buch „Warum Europa eine Republik werden muss“ vor. Immer wenn es darum ging, sich aus feudaler Macht zu befreien, war in Europa die Republik das Mittel der Wahl. Im Lauf der Geschichte sind die EuropäerInnen jedoch zweimal falsch abgelenkt. Bei der Gründung der Nationalstaaten haben die BürgerInnen ihre Souveränität in einem Akt der Unterwerfung an diese abgegeben und schließlich wurden Politik und Wirtschaft voneinander getrennt. Die Wirtschaft ist nun nicht mehr für das Gemeinwohl zuständig und der Politik sind die Entscheidungen über wirtschaftliche Fragen entzogen.

Die Republik, so Guerot, basiert auf den Säulen der Gleichheit und Freiheit, die nicht in Opposition zueinander stehen, sondern durch die gegenseitige Abhängigkeit einander bedingen. Freiheit bedeutet nicht, vom Staat nicht behelligt zu werden, sondern Freiheit, etwas zu gestalten. Das wieder braucht ein Minimum an Gleichheit, um niemanden von der Gestaltung auszuschließen. Diese „Gleichfreiheit“ lässt durchaus individuelle Lebensgestaltung zu und kommt ohne nationale Zugehörigkeit aus. Die Freiheit des Einzelnen ist eingeschränkt zugunsten der res publica, des Gemeinwohls. Ein solches Politikverständnis ist anschlussfähig an die Commons- und Care-Diskussionen und könnte die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die vielen Projekte und Initiativen alternativen Wirtschaftens, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, endlich ihre Erfahrungen in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen, ja sogar ins Zentrum des „Wirtschaftens“ treten könnten.

Für eine Transformation zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft reicht es nicht, Parallelstrukturen aufzubauen, sondern es ist auch notwendig, das politische System zu verändern. Ideen wurden in den letzten Jahren viele formuliert. Alle laufen darauf hinaus, die gewählten Parlamente verbindlich durch per Losentscheid bestimmte Gremien von BürgerInnen zu ergänzen und Politik zu dezentralisieren, um mehr Menschen aktive Beteiligungschancen zu geben. Gewählte PolitikerInnen werden dabei zu ModeratorInnen des Willens der BürgerInnen. Nur mit solchen neuen Formen demokratischer Mitbestimmung haben wir die Chance die Wirtschaft wieder „einzubetten“ in gesellschaftliche Prozesse und an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren, nicht am Profit.